



Erzwungene Assimilation in Tibet

Tibetische Nomad:innen: Gezwungen, sesshaft zu werden

Die Nomad:innen in Tibet pflegen ein jahrhundertaltes Erbe, eine von Spiritualität und Stolz durchdrungene Lebensweise. Sie bewahren Traditionen und Wissen, welche die tibetische Identität geprägt haben. Doch sie sind in ihrer Existenz bedroht: Ihre Anzahl schwindet drastisch, was weitgehend auf von der Volksrepublik China auferlegte Restriktionen zurückzuführen ist. Sechs Nomad:innen, die in der Schweiz im Exil leben*, teilen erstmals ihre Geschichte. Sie zeigen, warum sich der einst florierende tibetische Nomadismus heute an einem kritischen Punkt befindet. Ein Reise- und Recherchebericht.

* Alle Zeug:innen bleiben auf ihren Wunsch anonym.

«Ich wohnte hoch in den Bergen. Ich hatte Yaks und Yak-Kühe; ich war ein glücklicher Nomade.

In meiner Familie sind wir seit Generationen Nomad:innen. Wir hatten gute Lebensbedingungen mit den Gütern, die wir produzierten. Aber jetzt haben wir keine Freiheit mehr und mir ist nicht mehr erlaubt, in Tibet als Nomade zu leben. Ich musste meine Tiere verkaufen. Das war sehr traurig.»

Eine Lebensweise mit massiven Einschränkungen
Gemäss den chinesischen Behörden bezweckt die Einschränkung der nomadischen Lebensweise eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Nomad:innen, insbesondere einfacheren Zugang zu Bildung und Gesundheit. Die Nomad:innen, die wir trafen, zeigten uns aber eine andere Sicht, die sich



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Für die Partei besteht die nationale Einheit in ihrer Interpretation der «ethnischen Einheit». Gawula-Pass, Autonomes Gebiet Tibet, 2019

von den offiziellen Rechtfertigungen deutlich unterscheidet: Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) schein ihre Sesshaftigkeit erzwingen zu wollen, um sie unter Kontrolle zu haben und ihre Kultur zu schwächen – so wie sie dies mit der gesamten tibetischen Bevölkerung tut. Die Zeug:innen erzählen, dass sie unter ständiger Überwachung durch die chinesischen Behörden standen. Dazu gehören auch Kampagnen zur patriotischen Umerziehung und mit dem Ziel, den Dalai Lama und die tibetische Exilregierung zu diskreditieren. Ein Zeuge erinnert sich, dass Vertreter:innen der chinesischen Behörden sogar zwei bis drei Mal pro Monat in entlegene Gegenden reisten: Dort verlangten sie von den Nomad:innen, chinesische Fahnen über ihren Zelten zu hissen und im Zeltinneren Fotos der chinesischen Machthaber aufzuhängen. Zudem suchten sie nach Fotos des Dalai Lama, deren Besitz illegal ist.

Die nomadische Bevölkerung soll verarmen

Gemäss den Zeugenaussagen übt die KPCh Kontrolle über die Nomad:innen aus, indem sie für ihre Verarmung sorgt und sie dadurch zwingt, ihre traditionelle Lebensweise aufzugeben. Dies geschieht durch eingeschränkten Zugang zu Land, wachsende Steuern und prekäre Lebensbedingungen. Die chinesischen Behörden begrenzen den Viehbesitz der Nomad:innen, manchmal werden ihnen sogar alle ihre Tiere genommen. Die Viehsteuer wird regelmässig neu festgelegt und kann ohne Vorankündigung erhöht werden. Diese Massnahmen bewirken, dass die junge Generation entmutigt wird, am Nomadismus festzuhalten. Während der Corona-Pandemie erschwerten oder verunmöglichten zusätzliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit den Transport von Nahrung und Gütern, etwa für den Verkauf auf den Märkten in Städten und Dörfern.

«Wir [Nomad:innen] mussten uns versammeln, um an einer Konferenz [patriotische Umerziehung] teilzunehmen. Die Chinesen redeten von der chinesischen Führung und boten uns Geld an, wenn wir in die Städte zögen. Der Betrag war je nach Familie und Anzahl Familienmitglieder unterschiedlich. Sie sagten, wir würden ein leichteres Leben haben und mehr Geld. Einige junge Nomad:innen und Familien glaubten ihnen und verkauften ihre Tiere. Gewisse Familien erhalten Geld, um in die Stadt zu ziehen, aber es ist nicht genug und schnell aufgebraucht. Dann stehen sie ohne finanzielle Ressourcen da.»

Die ehemaligen Nomad:innen berichten, dass ihnen ihre Lebensweise nach und nach abhanden kam. Einige wurden mit Versprechungen von besseren Chancen und Einkommen in die Städte gelockt, aber sie sagen, sie seien getäuscht worden. Sie erklären, dass die Realität in den Städten ganz anders war, als ihnen versprochen worden war, denn aufgrund der Sprachbarriere fanden sie keine Arbeit. Jene Nomad:innen, denen es gelingt, in der Stadt Arbeit zu finden, verdienen oft zu niedrige Löhne, um die Grundbedürfnisse abzudecken – bei gleichzeitig höheren Lebenskosten. So prallt die Hoffnung der Nomad:innen auf ein besseres Leben in der Stadt auf die schwierige Realität mit eingeschränkter Arbeitsmarktfähigkeit und wachsenden finanziellen Herausforderungen.

Dörfer für sesshaft gewordene Nomad:innen

Im Zuge dieser Politik wurden Dörfer aus Betonhäusern entlang von Hauptstrassen errichtet. Die Gebäude, die ich 2019 sah, waren sorgfältig aneinandergereiht, der Strasse zugewandt und teilweise mit der chinesischen Fahne bemalt oder geschmückt. Die

Ästhetik erweckte den Eindruck von leb- und seelenlosen Modell-dörfern. Meine Reiseleitenden erklärten mir, die Häuser seien für die Nomad:innen bestimmt, die sich in «gemütlichen Dörfern mit moderner Einrichtung» niederlassen wollten.

«Die Chinesen sagen uns, wir sollten uns in unseren neuen Häusern glücklich zeigen, wenn Tourist:innen oder Verantwortliche kommen. Aber in unseren Herzen sind wir unglücklich. Wir haben unsere Tiere und unsere Freiheit verloren. Die Propaganda behauptet, wir Nomad:innen hätten Glück, schöne Häuser zu haben, aber in unseren Herzen sind wir traurig. Es ist wie ein Gefängnis. Das ist kein nomadisches Leben.»

Keine freie Entscheidung

Die befragten Nomad:innen trafen, entgegen den Behauptungen der chinesischen Behörden, den Entscheid über den Verzicht auf ihre traditionelle Lebensweise weder auf freier noch auf informierter Basis. Der radikale Wechsel ihrer Lebensweise war traumatisierend, und wegen der beschränkten finanziellen Mittel sind ihre Perspektiven in den Städten und den Dörfern aus Beton düster. Die angetroffenen Nomad:innen kommen zum Schluss, dass weder sie noch ihre Kinder nach dem Verzicht auf das nomadische Leben eine bessere Bildung erhielten. Und auch der verbesserte Zugang zur Gesundheitsversorgung in den Städten bleibt wegen der Sprachbarriere eingeschränkt.

Text: **Fanny Iona Morel** und **Shede Dawa**, Dolmetscher
Fanny Iona Morel recherchierte in Tibet und ist Autorin des Buches «Whispers from the Land of Snows: Culture-based violence in Tibet», mit einem Vorwort von M. Nicolas Walder (Globethics, zweite Ausgabe, 2022)

Titelbild: **Shutterstock** / Ein Tibetischer Nomade und sein Yak vor der Nyenchen Tanglha Gebirgskette in Zentraltibet.



Schweiz: Kein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China ohne Menschenrechte!

Der Staatsbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Qiang im Januar machte klar: Die Schweiz will ihre Beziehungen zu China intensivieren. Dazu unterzeichneten die beiden Länder eine Erklärung, die als wichtiger Schritt im Hinblick auf die Weiterentwicklung des bilateralen Freihandelsabkommens gedeutet wurde. Dies, obwohl die Volksrepublik China zentrale Werte der Schweiz wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in keinster Weise teilt. Für die GfbV ist klar: Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht höher gewichtet werden als die Menschenrechte. Die Schweiz muss für ihre Werte einstehen und sich insbesondere deutlich gegen Chinas Unterdrückung von Tibeter:innen und Uigur:innen positionieren. Eine Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens mit China ohne Einbezug der Menschenrechte wird in der Schweizer Bevölkerung einen schweren Stand haben.

Editorial



Li Qiang überraschte alle. Der chinesische Ministerpräsident hielt unerwartet eine Rede am WEF in Davos, am Tag zuvor besuchte er Bern. Wir nutzten die Gelegenheit, um der Schweizer Regierung klarzumachen: Eine Überarbeitung des Freihandelsabkommens mit China darf nur vorwärtsgehen, wenn eine Menschenrechtsklausel aufgenommen wird. Die Verbrechen der Regierung sind derart gravierend, dass man auch in der Wirtschaft die Augen nicht verschliessen darf. So erhalten Sie in dieser Voice einen Bericht zu den Folgen des brutalen Umgangs der chinesischen Regierung mit nomadisierenden Tibeter:innen. Zudem geben wir Ihnen einen Einblick in die Kampagne zur Elektromobilität und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte. Weiter erhalten Sie einen Blick in die letztjährigen Aktivitäten.

Dies ist mein letztes Editorial – Ende April werde ich pensioniert. Ich fühle mich glücklich, die GfbV 18 Jahre lang mitentwickelt zu haben. Ich darf auf ein Team schauen, das äusserst kompetent unsere Ziele verwirklicht. Ich habe grossen Respekt vor dem Mut unserer Partner:innen im Kampf für ihre Rechte, Souveränität, für ihr Land, gegen Unterdrückung und zerstörerische Projekte. Ich zittere, wenn sich unsere Partner:innen so sehr exponieren, dass sie Gewalt von staatlichen oder kriminellen Gruppen ausgesetzt sind. Ich darf meiner Nachfolgerin Anna Leissing äusserst spannende Herausforderungen im Kampf für die Minderheiten- und Indigenenrechte übergeben. Ich wünsche ihr und dem Team viel Erfolg und zähle auf Ihre weitere Unterstützung.

Wir haben die Möglichkeit, uns noch einmal zu treffen. Anlässlich der Mitgliederversammlung vom 30. April um 18 Uhr findet im Anschluss ein Abschiedsapéro im Restaurant Cinématte statt, wozu ich Sie herzlich einlade. Es würde mich freuen, mit Ihnen anstossen zu dürfen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre

Christoph Wiedmer

Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter GfbV

IMPRESSUM

VOICE 1, März 2024 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Livia Lehmann und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Livia Lehmann, Fanny Iona Morel, Christoph Wiedmer, Silvia Schönenberger **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 3500 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr **Titelbildfoto:** Shutterstock

Jahresrückblick GfbV

Ob Windkraftwerke auf Indigenen Gebieten oder undurchsichtige Lieferketten in der Goldindustrie: Die Schweizer Wirtschaftspolitik hat Auswirkungen auf Indigene Gemeinschaften weltweit. Die GfbV setzt sich dafür ein, dass die Schweiz ihre Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte wahrnimmt und die Stimmen Indigener und Minderheiten auch bei uns gehört werden.



100% Dankbar

auf 3 Kontinenten aktiv

7 aktive Kampagnen

2 Hintergrundberichte

7 Veranstaltungen

1 Benefizabend

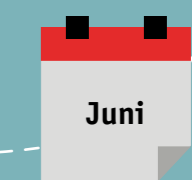
17 verschickte Medienmitteilungen

15000 Unterstützer:innen

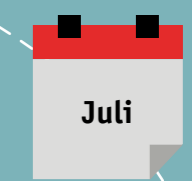
China: Offener Brief von tibetischen und uigurischen Exil-Organisationen und von der GfbV an den Bundesrat: Die Schweiz soll Handelsinteressen nicht über Menschenrechte stellen.



Brasilien: Die Tupinambá kommen der staatlichen Anerkennung ihres Gebiets einen Schritt näher: Sie reichen bei der Indigenen-Behörde FUNAI ein Gesuch ein, um ihr Gebiet als «Terra Indígena» zu verankern.



Brasilien: Benefiz-Abend mit dem brasilianischen Starfotografen Sebastião Salgado und dem Indigenen Aktivistin Beto Marubo. Mit dem Erlös kann die GfbV Marubos Kampf für Indigenenrechte im Amazonas unterstützen.



Russland: Eine Delegation der Indigenen Exilorganisation ICIPR kritisiert am UN-Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP) den Einfluss russischer Propaganda auf EMRIP-Studien zu Russland.



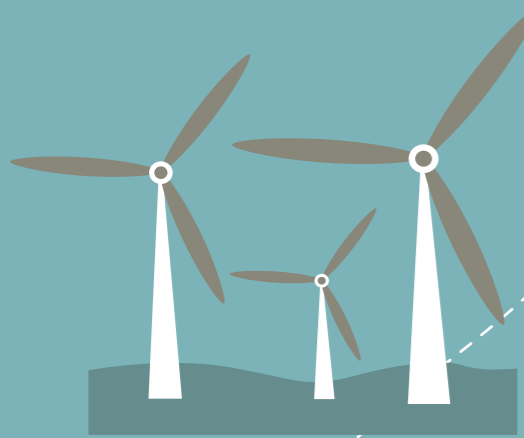
SIRGE: Die Energiewende darf nicht auf Kosten von Indigenen Gemeinschaften und ihren Gebieten stattfinden – dafür lanciert die GfbV ihr neues Programm «Climate Justice! Respect Indigenous Consent»

CLIMATE JUSTICE!
Respect Indigenous Consent



Gold: Entscheid des Bundesgerichts, dass die Schweizer Raffinerien ihre Goldlieferanten weiterhin nicht offenlegen müssen. Dank Spenden konnte die GfbV den Fall überhaupt bis vor Bundesgericht ziehen.

Norwegen: Von Schweizer Konzernen mitfinanzierte, illegale Windturbinen auf Fosen bedrohen die Rentierzucht der Südsaami und verletzen deren Menschenrechte. Eine neue Petition der GfbV fordert den Rückbau der Anlagen.



Elektroautos - neue Gefahren für Indigene Gemeinschaften



Stiller Protest: Ende Februar gelang es der GfbV, eine klare Botschaft an eAuto-Hersteller in den Genfer Autosalon hineinzuschmuggeln.

Während sich die Welt bemüht, die Klimakrise zu bewältigen und eine Energiewende voranzutreiben - gerade im Bereich der Mobilität -, hat ein regelrechter Wettlauf um Übergangsmaterialien begonnen. Diese Mineralien, welche unter anderem für die Entwicklung von Batterien für Elektrofahrzeuge von entscheidender Bedeutung sind, versprechen eine perfekte Lösung zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Abkehr von fossilen Brennstoffen. Ihr Abbau bringt jedoch neue Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen mit sich, die insbesondere Indigene Gemeinschaften betreffen.

Tatsächlich sind Elektrofahrzeuge etwa viermal energieeffizienter als vergleichbare Verbrenner. Allerdings sind mehrere Mineralien für die Herstellung der Batterien nötig, welche je nach Fahrzeuggröße zwischen 250-750 kg wiegen. Die wichtigsten für Autobatterien verwendeten Mineralien sind Graphit, Nickel, Kupfer, Lithium, Kobalt und Mangan, wobei sich die Zusammensetzung je nach Produkt unterscheidet.

Die weltweite Nachfrage nach diesen Batterien ist im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 65% auf eine Gesamtkapazität von jährlich 550 Gigawattstunden (GWh) gestiegen. Nach China ist Europa für die zweitgrösste Nachfrage verantwortlich, gefolgt von den USA. Für die Entwicklun-

gen bis 2030 rechnet die Internationale Energieagentur mit einer Verzehnfachung der Nachfrage weltweit.

Abbau der Übergangsmaterialien

Während China, Europa und USA den Individualverkehr elektrifizieren und dafür auf eine zunehmende Menge an Mineralien angewiesen ist, findet deren Abbau mehrheitlich auf Indigenem Land statt.

Von welcher Mine ein bestimmtes Mineral in einer bestimmten Autobatterie und Elektrofahrzeugmarke herkommt, ist wegen der fehlenden Transparenz und mangelnder Sorgfaltsprüfungspflicht heute kaum zu sagen. Eine Batterieverordnung und ein Lieferkettengesetz sorgen zumindest im EU-Raum künftig für mehr Transparenz. Die Schweiz hinkt in Sachen Regulierungen und Transparenz hingegen hinterher.

Neue Bedrohungen

Besonders Indigene Gemeinschaften sehen sich durch die Elektromobilitäts-Wende mit einer neuen Welle des Rohstoffabbaus konfrontiert. Eine Studie von 2023 zeigt, dass sich 54 Prozent der Projekte zur Förderung von Transitionsmaterialien auf oder in der Nähe von indigenen Territorien befinden. Der Abbau der Mineralien ist eng mit der Wasserproblematik verbunden: insbesondere bei Lithium und Kupfer führt der hohe Wasserverbrauch zu Wasserknappheit, bei Kobalt, Nickel und Mangan besteht ein hohes Risiko für Gewässerverschmutzung

durch Schwermetalle und entsprechende Vergiftung von Menschen und Tieren. Die Umweltbilanz der Elektromobilität ist zwar in den Ländern der Konsument:innen positiv, vor Ort bringt der Rohstoffabbau jedoch massive Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen mit sich.

Das in der UN-Deklaration für Rechte Indigener Völker verbriefte Recht Indigener Gemeinschaften auf freie, vorzeitige und informierte Zustimmung (Englisch FPIC) für Projekte, die ihr Land und Leben betreffen, wird auch beim Abbau dieser Rohstoffe selten respektiert. Der Wettlauf um diese gefragten Mineralien führt weltweit zu einer Beschleunigung der Verfahren für Betriebsbewilligungen. Nebst der EU haben auch die USA, Australien, Brasilien, Peru und Südafrika ihre Regulierungen gelockert, um Investitionen in den Bergbau zu fördern und zu beschleunigen. Demokratische Mitbestimmung der lokalen Gemeinschaften und insbesondere die Selbstbestimmungsrechte der Indigenen Gemeinschaften in den Abbaugebieten bleiben dabei oft auf der Strecke.

Autohersteller unter der Lupe

Das internationale Netzwerk Lead The Charge, bei welchem die GfbV mitwirkt, ermutigt Autohersteller, die Umstellung auf Elektrofahrzeuge (EV) zu nutzen, um ihre Lieferketten gerecht, nachhaltig und zu 100 Prozent frei von fossilen Brennstoffen auszurichten.

Ende Februar 2024 stellte Lead The Charge zum zweiten Mal eine Rangliste vor: Diese analysiert die öffentlich zugänglichen Berichte von 18 der weltweit führenden Elektroautohersteller und beurteilt ihre Bemühungen zur Beseitigung von Emissionen, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten.

Während die Rangliste zeigt, dass mehrere Unternehmen bereits daran arbeiten, saubere und mit Menschenrechten im Einklang stehende Lieferketten zu gewährleisten, sind ihre spezifischen Bemühungen um die Rechte Indigener Gemeinschaften noch viel schlechter bewertet. Über die Hälfte der Automobilhersteller erreichten in diesem Bereich 0 mögliche Punkte (siehe Tabelle und Legende).

Brisant: Bis heute verfügt kein Unternehmen über ein Verfahren zur Untersuchung und Behebung von Verstössen gegen das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung unter Einbezug von betroffenen Indigenen Gemeinschaften.

Gerechte Mobilitätswende einfordern

Hinter den Kulissen führt Lead the Charge seit Kampagnenstart Gespräche mit den einzelnen Autoherstellern und drängt sie zu Verbesserungen. Der Hebel der Autohersteller auf ihre Rohstoff-Lieferanten ist wichtig und gleichzeitig beschränkt. Die geopolitisch angespannte Lage und die Angst vor Lieferengpässen führen zu einem kurzfristigen Denken, das mittelfristig eine gerechte Energiewende verhindern könnte. Umso wichtiger ist, dass sich die GfbV zusammen mit ihren Koalitionspartnern von SIRGE (Securing Indigenous Peoples' Rights in the Green Economy) und Lead the Charge einsetzt, dass Indigene Gemeinschaften nicht die Leidtragenden der Elektromobilitätswende sind.

Mehr zu Lead the charge: www.leadthecharge.org

Text: **Silvia Schönenberger**, Programmleiterin Klimagerechtigkeit und Indigenenrechte.

Lead the charge: Die Rangliste 2024

Autohersteller	Indigenenrechte	Autohersteller	Menschenrechte
Tesla	26%	Ford	54%
Mercedes	15%	Mercedes	44%
GM	11%	Tesla	39%
BMW	8%	Stellantis	37%
Ford	7%	BMW	31%
Volkswagen	6%	Volvo	27%
Volvo	4%	Volkswagen	26%
Stellantis	0%	GM	26%
Renault	0%	Renault	21%
Nissan	0%	Hyundai	18%
Honda	0%	Nissan	15%
Hyundai	0%	Honda	11%
Toyota	0%	Toyota	9%
Geely	0%	Kia	9%
Kia	0%	Geely	6%
BYD	0%	BYD	5%
GAC	0%	GAC	1%
SAIC	0%	SAIC	0%

Das Netzwerk Lead the Charge analysiert und bewertet jährlich führende Hersteller von Elektroautos zu ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung aufgrund von öffentlich zugänglichen Dokumenten. Neben allgemeinen Menschenrechten werden auch spezifisch Indigenenrechte geprüft. Punkte gibt es zum Beispiel für die Verpflichtung zu internationalen Regelwerken, Massnahmen zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen oder Beschwerde-mechanismen.

Einladung zur GfbV-Mitgliederversammlung



Eine Veranstaltung für alle: Wir laden Sie herzlich zur Mitgliederversammlung 2024 ein. Auch Nicht-Mitglieder sind an unserer Mitgliederversammlung als Gäste (ohne Stimmrecht) herzlich willkommen.

Dienstag, 30. April ab 18 Uhr
Restaurant Cinématte
Wasserwerkstrasse 7, 3011 Bern

Programm:

18:15 Uhr
 Begrüssung durch Lisa Mazzone,
 Präsidentin GfbV

18:20 Uhr
 Ordentliche Mitgliederversammlung

18:50 Uhr
 Verabschiedung unseres geschätzten
 Co-Geschäftsleiters Christoph Wiedmer
 und offizielle Begrüssung an die neue
 Geschäftsleiterin Anna Leissing

20:00 Uhr
 Apéro

Wir bitten um eine Anmeldung bis 22. April
 Per E-Mail an info@gfbv.ch oder
 telefonisch unter +41 (0) 31 939 00 00.

Herzlichen Dank!

Hinweis: In der Juni-Voice werden wir ausführlich Christoph Wiedmer verabschieden und Anna Leissing begrüssen.



«Die Schweiz muss China gegenüber mutiger auftreten»

Rizwana Ilham kämpft von der Schweiz aus gegen die gewaltsame Unterdrückung der Uigur:innen in Ostturkestan (chin. Xinjiang). Im Interview spricht sie über das Ohnmachtsgefühl der Diaspora und stellt klare Forderungen an die Schweizer Handelspolitik mit der Volksrepublik China.

Interview: **Livia Lehmann**, Praktikantin Kommunikation / Foto: **GfbV**

Warum engagierst du dich als Präsidentin des Uigurischen Vereins Schweiz?

Mein Engagement wurzelt tief in meiner eigenen Geschichte. Ich fühlte schon immer eine starke Verantwortung, mich für unsere Rechte und den Erhalt unserer Kultur einzusetzen. Aber so richtig angefangen habe ich 2018, als die Existenz der Konzentrationslager publik wurde. Ich konnte tagelang nicht schlafen oder essen und fragte mich: «Wie kann ich hier mein Leben in Freiheit geniessen, während meine Gemeinschaft in Ostturkestan gefoltert und getötet wird?» Ich wusste, dass ich etwas dagegen unternehmen musste.

Was sind die Ziele des Uigurischen Vereins?

Wir möchten Brücken zwischen der Uigurischen Gemeinschaft und der Schweizer Gesellschaft schlagen und das öffentliche Bewusstsein und die Solidarität für die Uigur:innen erhöhen. Die Schweiz hat sehr gute Beziehungen zu China, das möchten wir nutzen, um auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Ostturkestan hinzuwirken. Gleichzeitig wollen wir unsere reiche Kultur erhalten und mit der Welt teilen, denn wir sind mehr als nur ein politisch unterdrücktes Volk.

Was sind die Probleme der Uigurischen Gemeinschaft in der Schweiz?

Eine grosse Herausforderung ist die emotionale Ohnmacht und die Ungewissheit über die Situation in Ostturkestan. Viele kämpfen mit der Trennung und der Angst vor Repressalien gegen ihre Familien vor Ort. Gleichzeitig fühlen viele Uigur:innen in der Diaspora eine innere Zerrissenheit: Wir wollen uns hier einleben und an die Schweizer Kultur anpassen und trotzdem unsere Uigurische Identität erhalten. Diese unterschiedlichen Welten zusammenzubringen ist nicht einfach, auch weil die Uigurische Gemeinde hier sehr klein und im ganzen Land verteilt ist.

Wo siehst du Hoffnung?

In den letzten Jahren ist das öffentliche Bewusstsein in der Schweiz stark gewachsen. Die Meisten wissen mittlerweile, wer die Uigur:innen sind und dass in Ostturkestan durch Massenüberwachung, willkürliche Verhaftungen, Zwangsarbeit und kulturelle Auslöschung ein Genozid geschieht. Viele kommen auf mich zu

und fragen: «Was können wir aktiv tun, um euch zu helfen?» Diese Solidarität gibt mir Kraft und Zuversicht, dass eine Veränderung möglich ist.

Was sind eure Erwartungen an die offizielle Schweiz im Umgang mit China?

Die Schweiz muss China gegenüber mutiger auftreten. Sie ist bekannt für ihre Werte der Menschenrechte und Freiheit. Wir erwarten von der offiziellen Schweiz eine Haltung, die von diesen Werten geleitet wird. Ich verstehe, dass die Schweiz ihre gute Beziehung zu China aufrechterhalten möchte, aber wir dürfen nicht über Menschenrechtsverletzungen hinwegsehen.

Was bedeutet das für die anstehende Erneuerung des Freihandelsabkommens?

Die Schweiz muss auf eine Menschenrechtsklausel bestehen, mehr Transparenz von China verlangen und wenn nötig zu Sanktionen greifen. Die finanziell starke Schweiz ist auch für China attraktiv. Zudem wächst Chinas Konkurrenz; viele Länder befinden sich im wirtschaftlichen Aufschwung und bieten sich als alternative Handelspartner. Die Schweiz kann also durchaus politischen Druck ausüben. Das würde auch international ein wichtiges Zeichen setzen.

Rizwana Ilham floh als Kind mit ihrer Familie aus Ostturkestan in die Schweiz. Sie besuchte die Schule in St. Gallen und arbeitete nach Abschluss der BMS im Versicherungs- und Marketingbereich. Seit 2023 ist sie Präsidentin des Uigurischen Vereins Schweiz und engagiert sich ehrenamtlich beim Jugendrotkreuz Zürich.